

Stellungnahme von MdB Hubertus Zdebel (DIE LINKE):

DIE LINKE verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen die Menschen in Afrin. Die Haltung der deutschen Politik zu diesem Angriff halten auch wir für zutiefst heuchlerisch. Die Kurdinnen und Kurden, die in Syrien einen wesentlichen Anteil am erfolgreichen Kampf gegen den IS hatten, werden dort nun allein gelassen, während die türkische Armee ihren Krieg mit Panzern und Waffen aus Deutschland führt.

Die militärische Unterstützung kurdischer Einheiten gegen den IS hatte keinerlei positive Auswirkungen für die kurdischen Organisationen in Deutschland. Im Gegenteil, während ihr Kampf in Syrien wohlwollend gebilligt wurde, werden zeitgleich in Deutschland Unterstützerinnen und Unterstützer der YPG und ihrer Partnerorganisation PKK kriminalisiert.

Die Bundesregierung kann ihre Glaubwürdigkeit nur wieder erlangen, wenn sie Erdogans Krieg endlich deutlich verurteilt, weitere Waffenlieferungen an die Türkei unterbindet sowie alle deutschen Soldaten aus den AWACS-Aufklärungsmaschinen abzieht. Dass öffentlicher Druck wirkt, hat die Ankündigung der Bundesregierung gezeigt, dass die von der türkischen Armee eingesetzten Leopard II-Panzer, die aus der Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall stammen, nun doch nicht aufgerüstet werden sollen. Doch nach wie vor macht sich die Bundesregierung durch die Weitergabe möglicher Zieldaten aus AWACS-Maschinen und Tornado-Aufklärungsjets an Erdogan mitschuldig an der neuen Eskalation und weiterem Blutvergießen in Syrien.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE ein Ende der Kriminalisierung kurdischer Organisationen in Deutschland, wie es Belgien schon vorgemacht hat. YPG und PKK sind keine Terrororganisationen. Ihr mutiger Kampf gegen den IS und für das Selbstbestimmungsrecht der Kurdinnen und Kurden hat meine volle Solidarität.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu Ihrer Forderung nach einem Ende von Rüstungsexporten sagen: Diese teilen ich und meine Partei in vollem Umfang. Der Satz „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ ermahnt uns, dass sich die Bundeswehr nicht an Kriegen beteiligen darf und, darüber hinaus, dass deutsche Waffen nirgendwo auf der Welt zu Leid beitragen dürfen.